

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Sicherheitspolitik aus Verantwortung Verlängerung des ISAF-Mandats mit großer Mehrheit beschlossen

Viele Bürgerinnen und Bürger interessieren sich für das Abstimmungsverhalten ihrer Abgeordneten im Bundestag. Dies gilt insbesondere für bedeutende Fragen wie etwa Militäreinsätze im Ausland. Aus diesem Grund erkundigte sich gestern auch die Lokalzeitung „Heilbronner Stimme“ bei Thomas Strobl, wie er in der heutigen Debatte „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte in Afghanistan (ISAF)“ zu votieren gedenke. Hierauf entgegnete der direkte gewählte CDU-Abgeordnete:

„Der ISAF-Einsatz in Afghanistan gegen internationalen Terrorismus ist ein unbequemer, aber erforderlicher Beitrag Deutschlands zum Schutz der Völker der freien Welt und jedes einzelnen Menschen in Deutschland. Erstmals beschlossen im Jahre 2001 – übrigens von der damals rot-grünen Bundesregierung -, geht er nun ins zehnte Jahr und bietet gottseidank mittlerweile eine konkrete Abzugsperspektive, da niemand unsere Bundeswehr dort auf Dauer engagiert wissen möchte. Bis zur Konkretisierung des Abzugs ist der Einsatz aber weiter notwendig.

Deshalb stimme ich am Freitag auch für die Mandatsverlängerung. Auch wenn mir das Pathos sozialdemokratischer Befürworter abgeht, die, wie einst Peter Struck, in Afghanistan die ‘Verteidigung Deutschlands am Hindukusch’ ausriefen, haben es unsere Soldatinnen und Soldaten verdient, mit breitem parlamentarischen Rückhalt für ihre lebensgefährliche Mission ausgestattet zu werden.“



(Argumentierte fundiert für die Mandatsverlängerung: Landesgruppenchef Thomas Strobl MdB)

Diese verantwortungsethische Haltung teilte eine große Zahl weiterer Abgeordneter des Deutschen

Bundestages. Insbesondere die Mitglieder der Regierungsfraktionen haben mit ihrem Votum für eine deutliche Mehrheit pro ISAF gesorgt, und zwar vor dem Hintergrund der Zusicherung der afghanischen Regierung, bis Ende 2014 schrittweise die Sicherheitsverantwortung für ihr Land zu übernehmen.

Die Bundesregierung ist zuversichtlich, im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011 reduzieren zu können. Sie wird dabei jeden sicherheitspolitisch vertretbaren Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung nutzen, soweit die Lage diese erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden.

DIESE WOCHE IM PLENUM:

Aktuelle Stunde zur Bundeswehr

Der Unfalltod eines Soldaten in Afghanistan Ende 2010, geöffnete Feldpostbriefe aus dem Einsatz und die Vorgänge auf dem Segelschulschiff „Gorch Fock“, bei der eine Soldatin ums Leben kam, waren Gegenstand einer aktuellen Stunde an diesem Mittwoch im Deutschen Bundestag.

Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg rief zu einer differenzierten Betrachtungsweise der drei Fälle auf. Er bat um Verständnis, dass eine abschließende Information erst nach den Ermittlungen, auch der Staatsanwaltschaften, möglich sei.



(Verantwortungsbewusster Sachwalter soldatischer Belange: Verteidigungsminister Guttenberg)

Der Minister räumte im Parlament wie zuvor schon im Verteidigungsausschuss Informationslücken ein. Doch wies er mit Nachdruck Darstellungen zurück, er hätte das Parlament nicht informiert oder sei verantwortlich für eine gezielte Vertuschung oder Irreführung.

Er selbst habe während der Afghanistanreise mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im Dezember vor Journalisten deutlich gemacht, dass der Soldat durch Fremdverschulden starb, sagte Guttenberg. Der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende und Ravensburger Abgeordnete Andreas Schockenhoff sagte, die seit Tagen anhaltende Diskussion nehme langsam hysterische Züge an. Der Verteidigungsminister habe im Bundestag die Fakten in aller Deutlichkeit und Offenheit dargestellt, soweit dies derzeit möglich sei.

Er mahnte gleichzeitig, dass die Unterrichtung des Parlaments durch die Regierung sorgfältiger werden müsse. Es müsse alles getan werden, um die Todesumstände aufzuklären. Die Abberufung des Kommandanten der „Gorch Fock“ durch den Minister entspräche der Fürsorgepflicht und sei keine Vorverurteilung. Gleichzeitig betonte Schockenhoff, dass niemand die „Gorch Fock“ als Ausbildungsschiff infrage stelle.



(Derzeit in rauer See: Das Segelschulschiff der Bundeswehr)

„Eine Vielzahl von Vermutungen und Spekulationen sind in sich zusammengefallen“, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion und Reutlinger Abgeordnete Ernst-Reinhard Beck mit Blick auf die jüngste Sitzung des Verteidigungsausschusses. Die Öffnung der Feldpost bezeichnete

Beck als einen Eingriff in die Grundrechte der Soldaten, der nicht hinzunehmen sei. Es gehe jedoch weit an der Realität vorbei, jetzt von einer systematischen Öffnung von Briefen zu sprechen, sagte er. Angesichts der „rasant sich verdichtenden Medienlage“ konnte der Minister gar nicht anders entscheiden, als den Kommandanten der „Gorch Fock“ von seinen Pflichten zu entbinden. Andernfalls wäre der Offizier einem öffentlichen Speißrutenlaufen ausgesetzt gewesen, stellte Beck fest.

Gedenkstunde des Deutschen Bundestages

„Heute gedenken wir der Opfer des nationalsozialistischen Genozids an 500.000 Sinti und Roma, wir erinnern an die Opfer der Shoa, des Mordes an sechs Millionen Juden, und wir gedenken all der anderen Opfer des Nazi-Regimes“, sagte Zoni Weisz, niederländischer Holocaust-Überlebender und Vertreter der Sinti und Roma, in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus an diesem Donnerstag, dem 27. Januar 2011.



(Gastredner Zoni Weisz bei seiner Gedenkrede vor dem Deutschen Bundestag)

Hintergrund: Vor 66 Jahren, am 27. Januar 1945, befreite die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz. Der Jahrestag der Auschwitz-Befreiung ist der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Seit 1996 findet dazu jährlich eine Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Bundestages statt. Erstmals sprach an diesem Gedenktag ein Vertreter der Sinti und Roma im Deutschen Bundestag.

PRESSEMITTEILUNGEN:



Thomas Strobl MdB:

„Länderfinanzausgleich darf keine Hängematte für chronisch unsolide haushaltende Länder sein“ (24.01.2011):

„Eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs ist absolut notwendig“, erklärt CDU-Generalsekretär Thomas Strobl anlässlich der gemeinsamen Kabinettsitzung von Baden-Württemberg, Bayern und Hessen in Stuttgart:

„Der Länderfinanzausgleich muss Anreize für Nehmerländer bieten, zu einem Geberland zu werden. Das Leitmotiv muss auch hier ‚Fördern und Fordern‘ heißen – er darf keine Hängematte für chronisch unsolide haushaltende Länder sein. Es ist völlig richtig, die Frage nach einer solchen Neuordnung zunächst in gemeinsamen Gesprächen klären zu wollen: Wenn die Nehmerländer allerdings weiterhin schlicht uneinsichtig sind und sich nicht konstruktiv an der Suche nach einem Kompromiss beteiligen, ist der Gang vor das Bundesverfassungsgericht notwendig.“



(Wahren verantwortungsbewusst baden-württembergische Interessen auch im Bund: CDU-Generalsekretär Strobl und Ministerpräsident Mappus)

Der Länderfinanzausgleich in seiner heutigen Form hat nichts mit Solidarität unter den Ländern zu tun. Es kann doch nicht sein, dass sich die Nehmerländer Dinge leisten, die wir uns als Geberländer nicht leisten können, und auf die wir schweren Herzens verzichten müssen. Der Herr Beck aus Rheinland-Pfalz könnte sich ohne den Länderfinanzausgleich wahrscheinlich noch nicht einmal ein Zweite-Klasse-

Ticket nach Baden-Württemberg leisten, kommt aber zur hiesigen SPD und meint, gute Ratschläge geben zu müssen. Auf solche Tippgeber können wir in Baden-Württemberg hervorragend verzichten!"

Strobl/Börnßen:

Der Erhalt des Kulturguts der früheren deutschen Siedler in Osteuropa fördert interkulturelle Begegnungen (26.01.2011)

Im Ausschuss für Kultur und Medien wurde der Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes behandelt. Dazu erklären der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Börnßen (Bönstrup) und der zuständige Berichterstatter Thomas Strobl:

"Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt, dass die Bundesregierung weiterhin durch umfangreiche Förderung das Kulturgut der historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete im Bewusstsein der Bevölkerung erhält. Seit die Union die Bundesregierung führt, wurden die Bemühungen um die Pflege und den Schutz der deutschen Kultur in den osteuropäischen Ländern verstärkt; auch um damit interkulturelle Begegnungen zu fördern. Seit vielen Jahren unterstützt der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Archive, Museen und Bibliotheken sowie wissenschaftliche Forschungseinrichtungen, die sich mit der deutschen Kultur im östlichen Europa beschäftigen, mit rund 14 Millionen Euro jährlich.



(Gemeinsam aktiv für die Bewahrung des reichen Kulturerbes der Deutschen im Osten: Die MdB-Kollegen Thomas Strobl und Wolfgang Börnßen)

Die Förderung verständigungspolitischer Arbeit und des kulturellen Austausches verdeutlicht, dass für die Union das Gedenken an Migration und Siedlung auf der einen Seite und Flucht und Vertreibung auf der anderen Seite eine gesamteuropäische Verantwortung ist und nur in internationaler Zusammenar-

beit gelingen kann. Die Union versteht die Förderung von Einrichtungen, die das Kulturgut der früheren deutschen Siedler im Osten für die Öffentlichkeit erhalten und aufbereiten, als Brückenschlag zwischen nationaler Identität und europäischem Bewusstsein.

Durch die Förderung des Erhalts von Kulturdenkmälern, von musealen Präsentationen und Maßnahmen der kulturellen Bildung sorgt die Bundesregierung dafür, dass die deutsche Siedlungs- und Kulturgeschichte in Osteuropa als Teil der deutschen Geschichte und Identität anerkannt wird. Ohne eine bewusste Förderung und Pflege droht die Erinnerung an die Kultur der früheren deutschen Gebiete wie beispielsweise Schlesien, Hinterpommern und Ostpreußen verloren zu gehen. Denn die Vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg liegen nun mehr als 60 Jahre zurück, sodass nur noch Wenige die Lebenswelt dieser Gebiete aus eigener Erfahrung kennen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich der Belange der Vertriebenen angenommen, indem sie den Antrag "60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen - Aussöhnung vollenden" auf den Weg gebracht hat, der ebenfalls heute im Ausschuss für Kultur und Medien beraten wurde. Der Antrag würdigt die Charta als eines der Gründungsdokumente der Bundesrepublik. Damit setzt die Koalition ein Zeichen der Solidarität mit den Heimatvertriebenen.

Mit ihrem Einsatz dafür, dass das deutsche Kulturgut in Osteuropa im Bewusstsein der Bevölkerung erhalten bleibt, folgt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Empfehlungen der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland". In deren Schlussbericht heißt es: "Es gehört zum Selbstverständnis Deutschlands als Kulturnation, das kulturelle Erbe der früheren deutschen Siedlungsgebiete ebenso wie das Gedenken an Flucht und Vertreibung zu bewahren."



(Auch nach mehr als 60 Jahren nicht vergessen: Das schwere Los der deutschen Heimatvertriebenen als Resultat des Zweiten Weltkriegs)

Hintergrund:

Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes verpflichtet Bund und Länder, "das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern."

Die Bundesregierung hat u.a. das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa mit Sitz in Oldenburg mit 876.000 Euro gefördert. Unter den geförderten Museen befinden sich das Siebenbürgische Museum in Gundelsheim (229.000 Euro), das Donauschwäbische Zentralmuseum in Ulm (296.000 Euro), das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg (424.000 Euro) oder das Westpreußische Landesmuseum in Münster (480.000 Euro). Außerdem erhielten Forschungseinrichtungen und Bibliotheken wie das Herder-Institut in Marburg (1,804 Millionen Euro) und Kulturinstitutionen wie das Deutsche Kulturforum östliches Europa in Potsdam (1,087 Millionen Euro) Förderung durch den Bund.

v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter

Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB
-Vorsitzender des Ersten Ausschusses
-Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
-Vorsitzender des Vermittlungsausschusses
-Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227-72542
Fax 030 / 227-70132